

INTRO OPATIJA : Dr. Peter JANKOWITSCH

Exzellenzen ,
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darf ich Sie nun auch meinerseits in meiner Eigenschaft als Generalsekretär des Österreichisch-Französischen Zentrums, einer von Österreich und Frankreich vor mehr als 25 Jahren gegründeten zwischenstaatlichen Organisation für die Annäherung zwischen europäischen Nationen - vor allem einer Annäherung im Zeichen der europäischen Integration – sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen.

Lassen sie mich Ihnen auch erklären und begründen, warum eine Organisation, die sich in den letzten Jahren vor allem dem Prozess der Erweiterung der EU auf die Staaten Ost/Mitteuropas, d.h. jener Staaten gewidmet hat, die seit Mai des letzten Jahres auch zu Mitgliedern der Union geworden sind und die damit einen ihrer Gründungsaufträge erfüllt hat, warum eine solche Organisation ihre Blicke nun jenem Europa zuwenden will, für das die Europäische Union den weder sehr exakten noch politisch restlos befriedigenden Arbeitstitel „Westlicher Balkan“ gefunden hat und verwendet.

So hat übrigens erst unlängst in einem Beitrag für die NZZ der bekannte österreichische Publizist Paul Lendvai die Sinnhaftigkeit einer Begriffsbildung, gerade etwa auch im Hinblick auf einen auch par excellence so mitteleuropäischen Staat wie Kroatien sehr in Zweifel gezogen.

Lassen Sie mich aber dennoch, ohne hier in semantische Erörterungen zu verfallen, sehr klar und sehr eindeutig unserem besonderen Interesse für eine europäische Region Ausdruck geben, die, wie der Titel unser Veranstaltung ja schon zum Ausdruck bringen will, die Europäische Union vor einige der wichtigsten und unmittelbarsten Herausforderungen der nächsten Zeit stellen wird.

Lassen Sie mich auch betonen, dass – jedenfalls in unserem Verständnis, im Verständnis unseres immer wieder einem großen, geeinten Europa verschriebenen Zentrums – dass diese Herausforderungen bestehen bleiben, weitergelten auch nach dem französischen und niederländischen Nein zu einer neuen europäischen Verfassung, das viele, zu Unrecht, wie ich glaube, auch als ein Nein zu einer Fortsetzung anderer Strategien der EU, insbesondere ihrer Strategien der Erweiterung und damit der Konsolidierung Europas aufgefasst haben.

Es erscheint uns daher wichtig, gerade in einem Jahr, in einer Zeit, in der besonders in dieser Region bedeutsamen Entscheidungen, Entwicklungen für ihre Zukunft bevorstehen, keinen Zweifel an der Entschlossenheit Europas aufkommen zu lassen, sich den Zukunftsfragen dieser Region mit der gleichen Intensität zu widmen, wie das auch vor dem 29. Mai d.J. der Fall war.

Auf diese Notwendigkeit haben erst unlängst erfahrene und erprobte europäische Staatsmänner wie der frühere deutsche Bundespräsident von Weizsäcker und die ehemaligen Ministerpräsidenten Belgiens, Italiens und Schwedens, Jean-Luc DEHAENE, Giuliano AMATO und Carl BILDt in einem bemerkenswerten Aufruf an die heutige Führungsgeneration Europas hingewiesen.

In ihrem Aufruf erklären sie, dass sich heute 20 Millionen Europäer in diesem Teil des Kontinents mit Recht die Frage stellen müssen, ob Europa bereit ist, seine historische Mission der Zusammenführung eines früher zerrissenen Kontinents

fortzuführen oder ob gerade diese Europäer dazu verurteilt werden sollen, in einer Art politischen No-Mans Land zurückgelassen zu werden, in dem alte Dämonen der europäischen Geschichte wieder ihr Haupt erheben könnten.

Würde den Ländern des westlichen Balkans der Weg zur Erweiterung versperrt, verbliebe von Europa, so meinen sie in ihrem Aufruf, nicht mehr über als eine Art neokolonialer Präsenz in Ländern und Regionen wie Bosnien oder dem Kosovo.

Die Frage der künftigen Beziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu einer europäischen Region wie der des westlichen Balkans, oder sagen wir vielleicht besser Südosteuropa, ist heute daher dringender und eindringlicher gestellt als seit langem zuvor.

Für diese Politik, für diese Strategie Europas bestehen eindeutige und feste Bezugspunkte, Ausgangspunkte, nicht zuletzt der europäische Gipfel von Thessaloniki vom Juni 2003, der der Region ohne Wenn und Aber die europäische Perspektive für ihre Zukunft eröffnen wollte.

Gewiss stellt sich diese Perspektive unterschiedlich für die einzelnen Länder, am eindeutigsten, für Kroatien, das heute nach einer ersten Phase der Annäherung an die EU mit einem gut funktionierenden Stabilitäts- und Assoziationsabkommen auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen wartet.

Dennoch muss diese europäische Perspektive, diese europäische Strategie für den Balkan für alle Länder und Regionen sichtbar werden, greifbar werden, vor allem auch im Interesse des Erhalts des unbestreitbaren Gewinns an Stabilität, der sich in den letzten Jahren eingestellt hat. Dazu haben sowohl die betroffenen Länder wie auch die EU, nicht zuletzt durch einen zunehmenden Einsatz von „soft power“ anstelle lediglich militärischer Mittel beigetragen.

Europa, die EU besitzt dazu heute auch neue Instrumente und Politiken vor allem jene im Rahmen der European Security and Defense Policy, der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die ja nicht zuletzt auch ein Ergebnis europäischer Fehler und Unterlassungen der Vergangenheit, besonders auf dem Balkan, ist.

Diese neuen Instrumente und Politiken haben u.a. auch zu einer neuen Arbeitsteilung mit den Vereinigten Staaten geführt, die allerdings zusammen mit Russland nach wie vor Verantwortung für die Stabilität der Region tragen, einer Verantwortung nicht zuletzt im Rahmen der Vereinten Nationen.

Der Stärkung dieser europäischen Perspektive hat sich auch eine Maßnahme der neuen EK gedient, die nach ihrem Amtsantritt die fünf Länder der Region aus der bisherigen Zuständigkeit des Portfolios für External Relations gelöst und sie dem Ressort für Erweiterungen unter Kommissar Olli REHN zugeschlagen hat.

Teil dieser europäischen Strategie muss schließlich, neben der Entwicklung der Beitrittsperspektive der Staaten der Region auch die Lösung der Frage des Status des Kosovo sein, eine Frage in die so wie Europa auch die Vereinten Nationen sowie die sog. Kontaktgruppe eingebunden sind. Wolfgang Petritsch, einer der besten österreichischen Kenner der Situation in der Region, verweist in einem unlängst erschienenen Artikel zurecht darauf hin, dass ohne eine befriedigende Lösung dieser Frage die Stabilität der Region, damit aber auch Fortschritte in der europäischen Integration der Region undenkbar sind.

Wir wollen, meine s.g. Damen und Herren in den nächsten beiden Tagen diese Fragen mit Hilfe der hervorragenden Experten, die wir für unsere Konferenz gewinnen konnten erörtern, eine Erörterung, die Hinweise und Erkenntnisse schaffen sollte, die gerade auch für Österreich, das im 1. Halbjahr 2006 die Präsidentschaft der EU ausüben wird, von besonderem Interesse sein könnte. Dass gerade für Österreich die Fragen des Westbalkans einen der Schwerpunkte seiner

Präsidentschaft darstellen werden, hat unsere BmfAA, Frau Dr. Ursula PLASSNIK schon im Frühjahr d.J. unmissverständlich zu erkennen gegeben.

Ich darf Sie alle also nochmals sehr herzlich begrüßen und Ihnen für Ihr Kommen und Ihre Beiträge danken. Mit Hilfe der österreichischen und französischen Botschaften der Region haben wir versucht, einen repräsentativen Querschnitt an Fachleuten zu dieser Konferenz einzuladen und das ist uns, so glaube ich im Wesentlichen geglückt. Leider hat uns im Falle Albaniens das rigide Regime von Sichtvermerken in der Region, in dem von Integration noch wenig zu spüren ist, einen Strich durch die Rechnung gemacht und zwei Teilnehmer, die sich bereits angemeldet hatten, Herr Selim BELORTAJA und Herr Ahmet MACELLARI vom Albanian Centre for International Trade, können daher nicht an unseren Arbeiten teilnehmen.